



Tätigkeitsbericht 2016

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Deutsche Sektion e.V.
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt a. M., www.menschenrechte.de

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder, liebe Gäste!*

*Erlauben Sie mir einige Vorbe-
merkungen zum Tätigkeitsbericht
2016:*

- Die IGFM verfügt über mehr als dreißig nationale Sektionen. Dies ist der Bericht der deutschen Sektion. Da wir punktuell mit anderen Sektionen kooperieren, werden diese an einigen Stellen mit erwähnt.
- Dies ist der Bericht für 2016. Da heute zugleich die 3-jährige Amtszeit des Vorstandes endet, werden auch einige überjährige Aktivitäten und Entwicklungen genannt.
- Aufgrund des Umfangs der Arbeit kann nur eine Auswahl dargestellt werden.

• Separat folgen ein Bericht über die Öffentlichkeitsarbeit von Martin Lessenthin und der Kassenbericht von Heinz Ernst.

• Wir begehen einen halbrunden Geburtstag: Den 45. Das ist noch kein Grund, groß zu feiern. Aber mit einem gewissen Stolz erwähnen dürfen wir das schon.

Petition Riesa

Zu Beginn möchte ich Sie weit in die Vergangenheit entführen.

Sie sehen hier im Saal eine Ausstellung zur Petition Riesa. Diese Ausstellung hat eine ganz besondere



Edgar Lamm, Vorsitzender der IGFM, während der Mitgliederversammlung 2017 im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn.

Beziehung zu unserer eigenen Geschichte.

Die IGFM wurde 1972 gegründet. In den 1970er-Jahren war es – mit heutigen Worten – politisch unkorrekt, über Menschenrechtsverletzungen in der DDR oder der Sowjetunion zu sprechen.

Wir haben uns schon damals nicht um political correctness gekümmert und haben über Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl, Zwangsadoptionen und Archipel Gulag gesprochen.

Die Petition Riesa von 1976 war eine Ausreisebewegung in der

untergegangenen DDR – initiiert von dem Arzt Dr. Karl Heinz Nitschke. Im Juli 1976 unterzeichneten 79 mutige DDR-Bürger aus Riesa und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) diese Petition und lösten damit ein europaweites Medien-echo über die Menschenrechtsverletzungen in der DDR aus. Sie beriefen sich auf die KSZE-Schlussakte von Helsinki, in der sich auch die Staatsführung der DDR 1975 zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet hatte.

Die IGFM hat seinerzeit die Petitionäre unterstützt und die Petition im Westen bekannt gemacht. Es war ein früher „IGFM-Fall“. Die

Reaktion des DDR-Regimes war – wie nicht anders zu erwarten – von rücksichtsloser Härte. Die Stasi packte ihre Folterinstrumente aus: Die Unterzeichner der Petition wurden verfolgt und eingeschüchtert. Sie wurden unter Hausarrest gestellt, verloren ihren Arbeitsplatz oder wurden verhaftet. Die meisten gelangten Jahre später nach langen Qualen im Wege des Häftlingsfreikaufs in die Bundesrepublik.

Die Vorgänge um die „Petition Riesa“ sind nun in der hier sichtbaren Ausstellung dokumentiert. Grundlage dafür waren die mittlerweile schon historisch zu nennenden Original-Aktenbestände der IGFM.

Unser herzlicher Dank geht an die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die dieses Projekt finanziell ermöglicht hat.

Ich danke unseren Vorstandsmitgliedern Sylvia Wähling und Karl Hafen, die die Ausstellung konzipiert haben. Sylvia Wähling ist jetzt gewissermaßen die Hüterin der Ausstellung, denn sie findet ihren dauerhaften Platz in der von ihr geleiteten Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus.

Ich danke dem Journalisten Jens Ostrowski, der die Ausstellung realisiert hat. Und ich danke dem Zeitzeugen, unserem Mitglied Dr. Wulf Rothenbächer, selbst ehemaliger politischer Häftling in Cottbus.

Humanitäre Hilfe Nahost

Nun machen wir zeitlich und thematisch einen großen Sprung. Als 1989/90 der Kommunismus unterging – zumindest in Europa unterging – dachten die meisten Menschen: Jetzt bricht der ewige Frieden aus und nach 70 Jahren



Julia Klöckner, MdL, stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, spricht zum Tagungsthema „Konflikte in der islamischen Welt und ihre Folgen für die Menschenrechte“.

Kommunismus kann es nur besser werden.

Und in der Tat: Die 1990er-Jahre waren im langfristigen historischen Vergleich ein einigermaßen friedliches Jahrzehnt.

Inzwischen mussten wir erkennen: Was im vorigen Jahrhundert der Kommunismus war, ist in diesem Jahrhundert der Islamismus. Jede Epoche hat ihre eigenen Probleme. Wenn wir uns umschauen, sehen wir eine Welt, die heute unfried-



Verteilung von Hilfsgütern im nordirakischen Kurdistan.

Impressum

Tätigkeitsbericht der IGFM für das Jahr 2016

Herausgeber: IGFM-Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V., Redaktion: Edgar Lamm.

Anschrift: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main, Telefon: 069 / 420108-0, Fax - 33, Web: www.igfm.de

licher ist als zu Zeiten des Kalten Krieges. Dabei sind die meisten der aktuellen Konflikte innerislamische Auseinandersetzungen:

- Gemäßigte gegen Radikale, wobei letztere auf dem Vormarsch sind
- Schiiten gegen Sunniten
- Herr Erdogan gegen alle, die seinen autoritären Vorstellungen nicht folgen wollen
- Fatah gegen Hamas
- In Syrien jeder gegen jeden

Diese Besorgnis erregende Entwicklung hat natürlich Auswirkungen auf die Nachbarstaaten der islamischen Länder. Denken Sie an die Flüchtlingskrise. Und sie hat Auswirkungen auf die Situation der Menschenrechte in den islamischen Ländern. Vor diesem Hintergrund haben wir uns als Menschenrechtsorganisation gefragt, inwieweit wir Hilfe leisten können. Wir haben deshalb seit 2014 mehrfach den Südosten der Türkei und das nord-irakische Kurdistan besucht.

Wir sind eine Organisation mit einer mittlerweile 25-jährigen

Erfahrung in der humanitären Hilfe. Seit 1991 fahren wir Hilfstransporte nach Osteuropa. Ich komme später noch darauf zurück. Diese Erfahrung kommt uns jetzt zugute. Wir haben seit Ende 2014 über 20 Hilfstransporte in den Nahen Osten organisiert.

Hier ein Auszug:

Oktober 2014:

Hilfstransport nach Dohuk (Irak)

November 2014:

Hilfstransport nach Qamishli (Syrien) und Erbil (Irak)

Januar 2015:

Hilfstransport nach Dohuk und Shekhan (Irak)

Januar 2015:

Hilfstransport nach Beban (Irak)

März 2015:

Hilfstransport nach Dohuk und Shekhan (Irak)

Mai 2015:

Hilfstransport nach Shekhan (Irak)

Juli 2015:

Hilfstransport nach Diyarbakir und Mydiat (Türkei)

August 2015:

Hilfstransport nach Dohuk (Irak)

Unsere großen Sattelschlepper waren jeweils prall gefüllt mit Kleidung, Schuhen, Spielsachen, Medikamenten, Hygieneartikeln – ja sogar mit Möbeln, Rollstühlen, Rollatoren, Nähmaschinen und Waschmaschinen.

Orts- und sprachkundige Mitglieder haben für die Verteilung gesorgt. Wir haben darüber immer wieder in unserem Rundbrief „Für die Menschenrechte“ mit Text und Bild berichtet.

Unbedingt erwähnen will ich unsere beiden großen Weihnachtspaketaktionen 2015 und 2016, die wir zusammen mit dem Menschenrechtszentrum Cottbus durchgeführt haben, und die zwei Krankewagen, die uns dank der Bemühungen von Familie Bornmüller von den Johannitern gespendet wurden.

Ich danke herzlich Katrin Bornmüller und Sylvia Wähling, die mehrfach in den Flüchtlingslagern im Nordirak gewesen sind, und unserem Mitarbeiter Khalil Al Rascho, der jeden Hilfstransport vorbe-



Das Podium, von links: Michael Gahler MdEP, Julia Klöckner MdL, Martin Lessenthin, Alexander Graf Lambsdorff MdEP, Edgar Lamm.



Rechtsanwältin Aneeqa Anthony aus Pakistan, Vorsitzende der Hilfsorganisation VOICE, mit ISHR-Präsident Prof. Dr. Thomas Schirmmacher.

reitet und begleitet. Und Karin Müller-Kinet, die mit ihren Damen 2 x 1000 Weihnachtspakete gepackt hat!

Mit diesem Engagement in Nahost folgen wir der Einsicht, dass man in den Herkunftsländern der Flüchtlinge helfen muss und dass man die Fluchtursachen bekämpfen muss. Fluchtursachen bekämpfen heißt zugleich Fluchtursachen benennen. Und das tun wir.

Religionsfreiheit/Christenverfolgung

Die Menschenrechtsverletzungen in weiten Teilen der islamischen Welt treffen natürlich auch die religiösen Minderheiten, insbesondere

die Christen. Denken Sie an

- die Gräueltaten von Boko Haram im Norden Nigerias
- die Benachteiligung der koptischen Christen in Ägypten
- das langsame Aussterben der Christen in der Türkei und überhaupt im Nahen Osten
- die Verfolgung der Christen in Pakistan mit Hilfe der unseligen Blasphemie-Paragrafen.

Unser Arbeitsausschuss Religionsfreiheit mit Heinz Ernst und Daniel Holler berichtet regelmäßig über diese Themen. Michaela Koller erstellt regelmäßig den Newsletter „Verfolgte Christen aktuell“.

Unsere Arbeitsgruppen Hamburg, Freiburg, Villingen-Schwenningen

und Karlsruhe haben Veranstaltungen, Mahnwachen bzw. Lichterketten dazu durchgeführt. Die neu gegründete Arbeitsgruppe in Kiel will sich ebenfalls dieser Thematik annehmen.

Wir unterstützen weiterhin unsere langjährigen Partnerorganisationen VOICE und CLAAS in Pakistan, die sich dort für verfolgte Christen einsetzen. Dies ist auch mit gegenseitigen Besuchen verbunden. Im Jahre 2016 besuchte uns die Vorsitzende von VOICE, Rechtsanwältin Aneeqa Anthony. Thomas Schirmmacher und Michaela Koller haben diesen besonderen Gast herzlich betreut. Sogar ein kurzes Treffen mit dem Papst kam zustande. Carmen Jondral-Schuler hält ebenfalls engen Kontakt mit Aneeqa Anthony.

Bei unserem Engagement für Religionsfreiheit setzen wir uns vorrangig aber nicht nur für Christen ein. Vorrangig, weil sie die weltweit größte Verfolgtengruppe darstellen. Aber wir haben z. B. mehrfach die Verfolgung der Bahai im Iran kritisiert. Ebenso natürlich die Massaker des IS an den Jesiden. Und auch die Diskriminierung der Alewiten in der Türkei müssen wir ansprechen.

Flüchtlingsheime in Deutschland

Was man vor zwei Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte, ist, dass dieses Thema gewissermaßen eine Fortsetzung in Deutschland erfährt. Ich meine die Diskriminierungen, denen Christen und andere religiöse Minderheiten – z. B. die Jesiden – teilweise in Flüchtlingsheimen in Deutschland ausgesetzt sind.

Darüber haben wir bereits bei unserer Jahrestagung 2016 ausführlich gesprochen. Sie erinnern sich gewiss an die Ausführungen von Pfarrer Martens aus Berlin zu diesem Thema.



Grußwort von Prof. Dr. Heribert Hirte MdB, Vorsitzender des Stephanus-Kreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Blick in den Saal während der IGFM-Jahrestagung.

„Wenn Ramadan, dann alle“ überschrieb DIE WELT einen Bericht über die Situation in den Flüchtlingsunterkünften während des Ramadan. Da wurden die Christen nicht selten gezwungen, sich den Essensgewohnheiten der Muslime zu unterwerfen, wenn sie keinen Ärger haben wollten.

Wir erheben folgende Forderungen:

- Zusammenlegung von Minderheiten, so dass der Anteil der Christen sowie anderer religiöser Minderheiten im Verhältnis zu den Muslimen in etwa gleich ist.
- Getrennte Unterbringung von Christen sowie von anderen religiösen Minderheiten, die bereits Opfer von Verfolgung und Diskriminierung geworden sind.
- Erhöhung des nicht muslimischen Anteils beim Wachpersonal.
- Regelmäßige Schulungen und Sensibilisierung der Mitarbeiter und des Sicherheitspersonals in Flüchtlingsunterkünften hinsichtlich der Ursachen religiöser Konflikte und des Schutzes religiöser Minderheiten.
- Benennung von Vertrauenspersonen christlichen Glaubens, an die sich von Verfolgung betroffene Christen wenden können.
- Bereitstellung einer ausreichenden

den Zahl nicht muslimischer und auch weiblicher Sprachmittler.

Osteuropa/GUS/Baltikum

Von Anfang an waren Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Das galt insbesondere in den 1970er- und 1980er-Jahren. Nach 1990 dachten wir, wir könnten dort ein Stück kürzer treten. Da haben wir uns leider geirrt.

Russland ist unter Putin längst auf dem Rückweg in die Diktatur. Und da Diktaturen nach aller Erfahrung

nicht nur innenpolitisch gefährlich sind, sondern auch außenpolitisch, fühlen sich die unmittelbaren Nachbarn schon wieder an leidvolle Sowjetzeiten erinnert.

Ich möchte daher über zwei Projekte sprechen, die wir im Berichtszeitraum durchgeführt haben:

Solidaritätsaktion Baltikum

Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen blicken auf eine besonders leidvolle Geschichte zurück: Sie waren von



Tabea Röbner MdB und Staatssekretär Mark Weinmeister mit Aktivisten aus der Ukraine, Aserbaidschan, Georgien, Weißrussland, Moldawien, Russland und Armenien.

1944–1991 sowjetisch besetzt. Mit dem verhängnisvollen Hitler-Stalin-Pakt mit dem Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 wurden die drei baltischen Staaten der Sowjetunion ausgeliefert.

Diese lange dunkle Zeit, die mit Massendeportationen nach Sibirien verbunden war, können und wollen die Balten nicht vergessen. Sie reagieren deshalb besonders empfindlich auf die aggressive Außenpolitik Russlands.

Zumal Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion bis heute nicht die Rechtswidrigkeit der seinerzeitigen Annexion der baltischen Staaten anerkennt. Die Parallelen zur Krim-Annexion sind unübersehbar.

Die baltischen Staaten sind auch irritiert über die Relativierung der NATO-Garantie durch den neuen amerikanischen Präsidenten. Allerdings hat er sich diesbezüglich schon wieder korrigiert.

Wir haben als Zeichen der Solidarität und Unterstützung mit einer kleinen Delegation aus Journalisten und Politikern 2015 Litauen und 2016 Lettland besucht.

Über die hochinteressanten Gespräche haben wir jeweils berichtet. U. a. wurden wir empfangen vom litauischen Verteidigungsminister, vom Vizepräsidenten des litauischen Obersten Verwaltungsgerichts, vom Bürgermeister der lettischen Hauptstadt Riga und der Fraktionsvorsitzenden der Christdemokraten im lettischen Parlament. Diese Begegnungsprogramme wurden dankenswerterweise vom Bundesinnenministerium gefördert.

In Litauen und Lettland verfügen wir seit Beginn der 1990er-Jahre über aktive IGFM-Sektionen, die wir mit unseren Besuchen gerne unterstützt haben.



IGFM-Seminar in Kiew mit Teilnehmern und Sektionschefs aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft.

Dass wir über einen so langen Zeitraum enge Kontakte ins Baltikum haben, ist im Wesentlichen unserer Arbeitsgruppe Wittlich mit Katrin Bornmüller an der Spitze zu danken, die seit einem Viertel-Jahrhundert Hilfstransporte dorthin organisiert! Überhaupt wird die humanitäre Hilfe für Osteuropa bei uns zu einem großen Teil von den Arbeitsgruppen getragen:

Die AG Wittlich hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht nur das Baltikum unterstützt, sondern

auch Hilfstransporte nach Rumänien, Kroatien, Albanien und Bosnien-Herzegowina organisiert. Die AG Fulda mit Gunter Göbel und die AG Bergen Enkheim mit Karin Müller-Kinet sind ebenfalls schon sehr lange in Rumänien engagiert.

Östliche Partnerschaft (ÖP)

Dazu gehören in der Terminologie der EU und des Auswärtigen Amtes die Länder Ukraine, Moldau, Weißrussland, Armenien, Georgien und Aserbaidschan.



IGFM-Delegation bei der ehemaligen Ministerpräsidentin Lettlands Laimdota Straujuma.

Mit zwei Projekten – 2015 und 2016 – haben wir einen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft in diesen Staaten geleistet.

Mit Hilfe unserer dortigen Sektionen haben wir junge Multiplikatoren zu gemeinsamem Tun eingeladen.

Ziel war die Motivierung der Jugend der Länder der ÖP zur gesellschaftspolitischen Partizipation unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte. Außerdem der Ausbau der Multiplikatorenfunktion von Menschenrechtsaktivisten.

Als eines der Ergebnisse wurde eine interaktive Webseite von Menschenrechtsaktivisten aus allen 6 Ländern entwickelt, die jetzt als gemeinsame Plattform genutzt wird.

Mit den Teilnehmern dieses umfangreichen Programms wurden mehrere internationale Seminare in Frankfurt, Kiew, Minsk und Eriwan durchgeführt.

Erleichtert wurden diese Projekte durch die Tatsache, dass wir seit einem Viertel-Jahrhundert in allen genannten Ländern mit eigenen IGFM-Sektionen vertreten sind.

Beide Projekte wurden dankenswerterweise vom Auswärtigen Amt gefördert. Carmen Krusch gebührt ein großer Dank für die umfangreichen Arbeiten bei der Vorbereitung und Durchführung. Unterstützt wurde sie dabei u. a. von Maya Robinson.

China, Kuba, Nordkorea, Iran, Venezuela

Zu den gravierenden Menschenrechtsverletzungen in diesen Staaten haben wir uns immer wieder mit Presseerklärungen, Petitionen, Mahnwachen und Artikeln zu Wort gemeldet.

Zu China haben wir einen eigenen Arbeitsausschuss, der von Hubert Körper, Peter Müller und Man Yan Ng geleitet wird. Die Arbeitsgruppe München richtet seit vielen Jahren ihr Augenmerk auf Tibet.

Bei China, Kuba und Nordkorea handelt es sich um einige der ältesten Diktaturen der Welt, bei Venezuela um eine der neuen Diktaturen. In Kuba arbeiten wir seit Jahren mit den „Damen in Weiß“

Einnahmen-/Ausgabenrechnung

für das Rechnungsjahr 2016 vom 01.01.-31.12.2016

A. Einnahmen		
1.	Spenden	1.052.193,18 €
2.	Sachspenden	260.410,46 €
3.	Mitgliederbeiträge	34.750,15 €
4.	Verkauf	2.414,51 €
5.	Zuschüsse	102.453,02 €
6.	Bußgelder	300,00 €
7.	Zinsen	0,00 €
8.	Erbschaften/Vermächtnisse	83.064,60 €
9.	Jahresversammlung	10.116,64 €
10.	sonstige Einnahmen	14.745,98 €
	Summe	1.560.448,54 €
	Unterdeckung	
	Entnahme aus dem Kapital	55.648,51 €
	Summe	1.616.097,05 €
B. Ausgaben		
1.	GUS	93.278,14 €
2.	Baltikum	156.896,04 €
3.	Rumänien	48.742,12 €
4.	Sonstiges Ost- und Südosteuropa	324.368,27 €
5.	Lateinamerika	31.728,78 €
6.	Afrika	19.389,30 €
7.	Asien	25.661,26 €
8.	Verfolgte Christen	25.512,53 €
9.	Naher Osten	246.067,38 €
10.	Allg. Menschenrechtsarbeit	273.528,80 €
11.	Allg. Verwaltungskosten	252.760,29 €
12.	Publikationen	15.288,23 €
13.	Internationale Aufgaben	21.994,99 €
14.	Kontoführung	2.791,62 €
15.	Afa	1.796,45 €
16.	sonstiger Aufwand	33.717,60 €
17.	Jahreshauptversammlung	42.575,25 €
	Summe B	1.616.097,05 €

Frankfurt/M., 1. Februar 2017

Bescheinigung des Prüfers

Wir haben die Jahresrechnung – bestehend aus Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung sowie Vermögensrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung des Vereins Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V., Frankfurt a. M., für das Geschäftsjahr vom 1.1.2016 bis 31.12.2016 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften und ihrer Auslegung durch die IDW RS HFA 14.

Frankfurt am Main, 8. Februar 2017

W + ST Wirtschaftsprüfung GMBH

K.-R. Weisgerber

vereidigter Buchprüfer

F. Waldmann

Wirtschaftsprüfer



Can Dündar, Chefredakteur der türkischen Zeitung „Cumhuriyet“, spricht über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.

zusammen. Es ist schwer, das Grauen in Abstufungen zu beschreiben, aber Nordkorea stellt gewiss den Tiefpunkt der Menschenverachtung dar. Es ist die Hölle auf Erden.

Tur Abdin

Was war das berührendste Erlebnis der 3-jährigen Amtszeit? Für mich persönlich der Besuch im Herbst 2014 im Tur Abdin, im Südosten der Türkei.

Hauptsächlich dort leben die Restchristen, die es in der Türkei noch gibt – ungefähr 3000. Sie sprechen noch Aramäisch – die Sprache Jesu. Dort befinden sich die ältesten Klöster der Christenheit. Mehrere haben wir besucht, darunter das Kloster Mor Gabriel, das seit 397 ununterbrochen besteht! Es ist das geistige Zentrum der Christen im Tur Abdin und zugleich Sitz des Erzbischofs Timotheos Samuel Aktas. Er sagte bei unserer Begegnung traurig: „Man will uns offenbar vertreiben. Oder aber man will uns nur noch als Museum.“

Mein Dank geht an Walter Flick und Sabri Alkan, die die Reise vorbereitet haben, den Journalisten Benjamin Lassive und Volkmar Klein MdB, die uns begleitet haben.



Die jesidische Nordirakerin Lamija Baschar (zweite von links), Trägerin des Sacharow-Preises 2016 des Europäischen Parlaments, schildert während der IGFM-Jahrestagung die Gräueltaten des IS.

Wie funktioniert die IGFM?

Die IGFM ist seit 45 Jahren im doppelten Sinne eine Hilfsorganisation. Wir helfen, aber wir brauchen auch selbst Hilfe.

Und wir sind im wahrsten Sinne des Wortes eine Bürgerinitiative. Wir können nur dort tätig werden, wo Bürger bei uns initiativ werden. Themen und Regionen, für die wir keine Unterstützung finden, können wir auf Dauer nicht bearbeiten. Unsere Arbeit kann der Natur der Sache nach keine Freude bereiten.

Die Beschäftigung mit schlimmen Menschenrechtsverletzungen ist keine Freude. Aber die Zusammenarbeit mit engagierten Menschen – das ist eine Freude.

Ich danke allen, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben: Den Vorstandsmitgliedern, den Mitarbeitern der Geschäftsstelle, den Bundesfreiwilligen, den Mitgliedern, den Arbeitsgruppen und Arbeitsausschüssen, den Spendern und den vielen ehrenamtlichen Helfern!

Bonn / Frankfurt, 1. April 2017



Freiheitsdenkmal in Riga/Lettland.